

Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Ost-West-Wanderung

Heinz Fassmann
Rainer Münz

Die bevorstehende EU-Erweiterung ruft Ängste und Befürchtungen vor einer Massenmigration hervor. Mit den bestehenden Lohnunterschieden, die erst langsam geringer werden, und der relativ hohen Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern des östlichen Europas werden diese Befürchtungen begründet. Damit wird ein Zusammenhang zwischen Lohn Differenz, Arbeitslosigkeit und Migration hergestellt, der zwar grundsätzlich nicht falsch ist, in der Realität aber durch viele andere Faktoren gebrochen wird. Wissenschaftliche Forschung war daher notwendig, um das reale Ausmaß an zukünftig zu erwartender Ost-West-Wanderung abzuschätzen. Der vorliegende Aufsatz präsentiert entsprechende Methoden und Ergebnisse von einschlägigen Studien. Dabei werden ökonometrische, also makroanalytische, Arbeiten mit Ergebnissen der Umfrageforschung verglichen, die einen mikrosoziologischen Ansatz verfolgen. Sie belegen für Europa ein Potenzial von rund 4 Millionen Ost-West-Migranten, welches aber durch die Übergangsfristen sowie durch die demographische Entwicklung in Ostmitteleuropa möglicherweise nicht ausgeschöpft wird.

1

Einführung: Die Bestimmung des Migrationspotenzials

Auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen wurden 1993 klare Kriterien für die Aufnahme möglicher neuer Mitglieder (so genannte „Kopenhagener Kriterien“) und damit die Strategie der nächsten Erweiterung festgelegt. Kurz darauf bekundeten Polen und Ungarn 1994 ihren Beitrittswunsch. Auf der Tagung des Rates in Essen (1994) wurde eine „Heranführungsstrategie“ für beitragswillige Staaten beschlossen. In den folgenden beiden Jahren stellten weitere acht ostmitteleuropäische Staaten formelle Beitrittsansuchen: Rumänien, die Slowakei, Lettland, Estland, Litauen, Tschechien, Slowenien und Bulgarien. Die Diskussion um eine mögliche Erweiterung der EU kam in Gang. Intern zwang dies die EU zu Struktur reformen, die im Vertrag von Nizza einen ersten Niederschlag fanden und schließlich in den auf dem EU-Gipfel von Laeken (2001) beschlossenen Verfassungskonvent mündeten.

In Skandinavien, Deutschland und Österreich standen seit Beginn der Erweiterungsdebatte nicht so sehr Fragen des Umbaus der europäischen Institutionen, sondern die Frage nach den Auswirkungen der Freizügigkeit im Vordergrund. In der Zwischenzeit hat auch die wissenschaftliche Forschung die Frage nach möglichen Effekten der Niederlassungsfreiheit aufge-

griffen. Insbesondere das Migrationspotenzial unter den Einwohnern der beitragswilligen Staaten Ostmitteleuropas und die real zu erwartende Abwanderung stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses (vgl. zuletzt Straubhaar 2002; McDonald/Kippen 2001; Bastyr u. a. 2001; Boeri/Brücker 2001.) Dieser Artikel analysiert vergleichend die wichtigsten empirischen Studien zu den Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf zukünftige innereuropäische Ost-West-Wanderungen von Arbeitskräften und ihren Familienangehörigen.

2

Empirische Ergebnisse

Die empirischen Forschungsarbeiten zur Abschätzung der zukünftigen Ost-West-Wanderung lassen sich unter methodischen Gesichtspunkten in zwei Gruppen einteilen. Eine Gruppe von Arbeiten stützt sich vor allem auf makroanalytische Modellrechnungen. Die zweite Gruppe von Arbeiten verfolgt einen mikroanalytischen Ansatz und stützt sich auf Befragungsergebnisse aus zukünftigen EU-Mitgliedsländern.

2.1 MODELLRECHNUNGEN

Bei den auf ökonometrischen Modellen beruhenden Rechnungen wird auf hoher räumlicher Aggregatebene – in der Regel jeweils für ganze Länder – das Ausmaß der zukünftig zu erwartenden Wanderungen

berechnet. Diesen Berechnungen liegen bestimmte Annahmen zugrunde. Dazu zählt beispielsweise die Abhängigkeit der erwarteten Migration von der Höhe der Einkommensunterschiede. Jedes Lohn differential zwischen Regionen führt – so wird unterstellt – zu einer Wanderung, deren Größe vom Ausmaß der Lohn differential abhängt: Steigt die Lohn differential, dann nehmen auch die Wanderungen zu, sinkt die Lohn differential hingegen, dann geht auch die Wanderung zurück.

Das Ausmaß des Zusammenhangs zwischen Lohn differential und räumlicher Mobilität wurde von den Forschern nicht willkürlich festgelegt, sondern anhand empirischer Untersuchungen ermittelt. So

Heinz Fassmann, Prof. Dr., Geograph und Raumforscher an der Universität Wien; Institut für Geographie und Regionalforschung. Arbeitsschwerpunkte: Migration in Europa, Zukunft der Europäischen Stadt. e-Mail: heinz.fassmann@univie.ac.at

Rainer Münz, Prof. Dr., Humboldt-Universität zu Berlin, Bevölkerungswissenschaft, Institut für Sozialwissenschaften, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Demographische Entwicklung in Europa, Migration, Sprachgruppen- und Minderheitenkonflikte. e-Mail: rainer.muenz@sowi.hu-berlin.de

dienen beispielsweise Daten über die Arbeitskräftewanderung von Mexiko in die Vereinigten Staaten sowie Veränderungen der Nettowanderungen zwischen den einzelnen US-Bundesstaaten in Kombination mit Daten über deren Lohnniveau und Lohnentwicklung zur Berechnung der Stärke dieses Zusammenhangs. Dabei zeigt sich anhand von Langzeituntersuchungen, dass bei ungehinderten Wanderungsmöglichkeiten innerhalb der USA eine Lohn-differenz von 10 % zu einer Nettozuwanderung zwischen 0,05 % und 0,15 % der Bevölkerung der jeweils relevanten Herkunftsbundesstaaten führt. Andere empirische Belege für den Zusammenhang von Nettozuwanderung und Lohndifferenzial ergeben sich aus der Freizügigkeit für Bürger des EWG-Gründungsmitglieds Italien sowie aus früheren EU-Beitrittsrunden (Griechenland, Portugal, Spanien).

Schätzungen dieser Art sind generell mit großen Unsicherheiten behaftet. So ist beim Einkommensabstand nicht von vornherein klar, in welcher Maßeinheit er berechnet werden soll. Wer als Pendler kommt, für den gilt der Wechselkurs. Und dieser ist deutlich höher als die Kaufkraftparität, die relevanter für Zuwanderer ist. Weil aber zum Zeitpunkt der Modellbildung nicht geklärt werden kann, wie viele Personen pendeln und wie viele wandern werden, kann nicht verbindlich festgelegt werden, wie das Lohndifferenzial zu bestimmen ist. Ungewiss ist auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Beitrittsländern relativ zu Deutschland, Österreich und zur Schweiz.

Problematisch bei der Übertragung der US-amerikanischen Beobachtungen (Dietz/Walterskirchen 1998) zum Zusammenhang von Lohndifferenzial und Nettowanderung ist schließlich die Unterstellung der strukturellen Ähnlichkeit der Arbeitsmärkte sowie der sozialen und geographischen Voraussetzungen. In den Analysen wird nämlich davon ausgegangen, dass die Arbeitskräfte in Europa in Zukunft ähnlich flexibel auf Lohndifferenziale reagieren werden wie jene in den USA. Bislang war dies nicht der Fall. Die Durchschnittslöhne in den ärmeren Regionen EU-Europas betragen oft die Hälfte, in einzelnen Regionen sogar nur ein Drittel des EU-Durchschnitts, ohne dass es dadurch zu großen Wanderungen aus den Niedriglohn-Gebieten der EU in die Regionen mit den höchsten Durchschnittslöhnen gekommen wäre. Zu berücksichtigen ist auch, dass Lohndiffe-

Tabelle 1: Ausgewählte makroanalytische Modellrechnungen

Autor	Methode	Ergebnis
Sinn u.a. 2000	Regressionsmodell der Bestandsveränderung der ausländischen Wohnbevölkerung aus Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Türkei in Deutschland in Abhängigkeit vom Lohndifferenzial und weiteren Merkmalen; Schätzung des Bestandes der polnischen, rumänischen, slowakischen, tschechischen und ungarischen Bevölkerung in Deutschland aufgrund der beobachteten und erwarteten Lohndifferenziale.	Langfristig wird mit einer Ost-West-Wanderung gerechnet, die rund 4–5 % der Bevölkerung der Herkunftsländer erfasst. Das ergibt eine jährliche Zuwanderung von 200.000–300.000 nach Deutschland.
Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001	Regressionsanalyse der Zuwanderung nach Deutschland aus dem östlichen Mitteleuropa in Abhängigkeit zum BIP pro Kopf (und Kaufkraftparitäten), Beschäftigungsniveau in den Herkunfts- und Zielstaaten sowie anderen Merkmalen.	Die jährliche Ost-West-Wanderung (aus insgesamt 10 Staaten Ostmitteleuropas) würde im Jahr 2002 rund 336.000 ausmachen und sich bis auf 2.400 im Jahr 2030 reduzieren.
Bauer/Zimmermann 1999	Simulationsmodell basierend auf den empirischen Erfahrungen mit der „Süderweiterung“ der EU	In den kommenden 15 Jahren wird mit einer Ost-West-Wanderung gerechnet, die in Summe mindestens 3 % der Bevölkerung der Herkunftsstaaten erfasst.
Dietz/Walterskirchen 1998	Extrapolation der zukünftig erwarteten Einkommensunterschiede – BIP pro Kopf und Kaufkraftparitäten – auf das Migrationspotenzial, wobei angenommen wird, dass ein 10-%iges Wohlstandsgefälle zu einer jährlichen Wanderung von 0,05 % der Bevölkerung führt.	Die jährliche Ost-West-Wanderung (aus 5 Staaten Ostmitteleuropas: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn) wird mit rund 220.000 angenommen.
Brücker/Franzmeyer 1997	Modell wie Dietz/Walterskirchen, jedoch höherer Koeffizienten zwischen Wohlstandsgefälle und Wanderungspotenzial.	Die jährliche Ost-West-Wanderung (aus 5 Staaten Ostmitteleuropas: Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Rep., Ungarn) wird mit Werten zwischen 340.000 und 680.000 angenommen.
Layard u.a. 1994	Extrapolation basierend auf der Süd-Nord-Migration in Europa 1950–70.	Insgesamt wird das Potenzial für alle Staaten Ostmitteleuropas auf 3 % der Bevölkerung dieser Länder geschätzt, die binnen 15 Jahren ihren Migrationswunsch tatsächlich realisieren.

Quelle: Fassmann/Münz 2000, S. 38; erweitert und ergänzt

WSI Hans Böckler Stiftung

renziale selbst nur einen Teil der Erklärungen dafür liefern, ob Arbeitskräfte sehr mobil sind und mit Zu- bzw. Abwanderung auf die unterschiedliche Lohnhöhe reagieren. Erfahrungsgemäß spielen konjunkturelle Einflüsse ebenso eine Rolle wie Eigentumsverhältnisse (Wohn- bzw. Hauseigentum vs. Miete), die Siedlungsstruktur und – wenn man die Wanderungen in den amerikanischen Sun-Belt bedenkt – das Klima.

Die Untersuchungen, die auf dieser Methode basieren, weisen im Prinzip alle in die gleiche Richtung, auch wenn in der Modellierung Unterschiede erkennbar sind: Alle Studien rechnen – je nach Tempo und Erfolg des ökonomischen Transformations- und Aufholprozesses in den EU-Beitrittsländern – mit einer jährlichen Wanderung von rund 0,3 bis 0,6 Millionen Personen aus Ostmitteleuropa Richtung Westeuropa. Bei einigen Studien sinkt diese Zuwanderung nach einem Jahrzehnt relativ rasch ab und wird quantitativ unbedeutend (Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001), bei anderen bleibt sie über den gesamten Zeitraum beachtlich hoch (Sinn u.a. 2000). Diese positive Nettozuwande-

rung führt zu einer Erhöhung des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung aus der östlichen Hälfte Europas in den alten 15 EU-Staaten. Zwischen 3 und 5 % der Bevölkerung Ostmitteleuropas werden sich demnach in Westeuropa aufhalten. Das sind zwischen 3 und 5 Millionen Menschen. Innerhalb dieser Bandbreite bewegen sich die Autoren der analysierten makroökonomischen Studien. Unterschiede bestehen jeweils beim erwarteten Tempo und beim Ausmaß der Gesamtwanderung.

Generell gilt bei allen Simulationsrechnungen dieser Art: Je rascher der ökonomische Integrationsprozess abläuft, um so schneller werden Lohnunterschiede abgebaut, und umso geringer wäre mittelfristig die Zahl der potenziellen Migranten. Eine EU-Erweiterung ohne Übergangsbestimmungen führt daher allenfalls auf kurze Sicht zu einer etwas höheren Ost-West-Wanderung, auf lange Sicht jedoch zu einem rascheren Abbau der Wanderungspotenziale sowie der ihnen zugrunde liegenden strukturellen Unterschiede. Zugleich findet über die Zuwanderung auch ein Kapitaltransfer in Form von Rücküber-

Tabelle 2: Zahl von Ostmittel- und Osteuropäern (10 Herkunftsländer) in der EU-15 (hypothetischer Bestand bei sofortiger Freizügigkeit ab 2000)

	1998	2005	2010	2020	2030
Belgien	10.773	25.100	36.713	46.995	49.151
Dänemark	8.863	20.650	30.204	38.663	40.437
Deutschland	554.869	1.292.799	1.890.933	2.420.513	2.531.556
Finnland	11.985	27.924	40.844	52.282	54.681
Frankreich	22.000	51.258	74.974	95.971	100.374
Griechenland	20.131	46.904	68.604	87.818	91.846
Großbritannien	39.000	90.867	132.908	170.130	177.935
Irland	200	466	682	872	912
Italien	34.490	80.359	117.538	150.456	157.359
Luxemburg	700	1.631	2.386	3.054	3.194
Niederlande	9.606	22.381	32.736	41.904	43.827
Österreich	103.000	239.982	351.013	449.318	469.931
Portugal	781	1.820	2.662	3.407	3.563
Schweden	26.191	61.023	89.256	114.253	119.495
Spanien	10.539	24.555	35.916	45.974	48.084
EU-15	853.128	1.987.718	2.907.367	3.721.613	3.892.345

Quelle: Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001

WSI Hans Böckler Stiftung

Tabelle 3: Jährliche Zunahme der Ostmittel- und Osteuropäer (10 Herkunftsländer) in der EU-15 durch Migration (Nettozustrom bei sofortiger Freizügigkeit ab dem Jahr 2000)

	2002	2005	2010	2020	2030
Belgien	4.241	3.140	1.855	534	30
Dänemark	3.489	2.583	1.526	439	25
Deutschland	218.430	161.720	95.560	27.510	1.539
Finnland	4.718	3.493	2.064	594	33
Frankreich	8.661	6.412	3.789	1.091	61
Griechenland	7.925	5.867	3.467	998	56
Großbritannien	15.353	11.367	6.717	1.934	108
Irland	79	58	34	10	1
Italien	13.577	10.052	5.940	1.710	96
Luxemburg	276	204	121	35	2
Niederlande	3.782	2.800	1.654	476	27
Österreich	40.547	30.020	17.739	5.107	286
Portugal	307	228	135	39	2
Schweden	10.310	7.634	4.511	1.299	73
Spanien	4.149	3.072	1.815	523	29
EU-15	335.843	248.649	146.926	42.297	2.366

Quelle: Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001

WSI Hans Böckler Stiftung

weisungen erfolgreicher Emigranten an daheim gebliebene Angehörige statt. Diese Transfers steigern deren Konsumkraft, machen den Nachzug von Familienangehörigen nach Westeuropa weniger wahrscheinlich und beschleunigen möglicherweise den wirtschaftlichen Aufholprozess. Allerdings ist klar, dass unter derzeitigen Bedingungen nur ein kleiner Teil der transferierten Einkommen in den Herkunftsländern investiert wird.

Eine im Auftrag der EU-Kommission durchgeführte Studie (Brücker u.a. 2000, Boeri/Brücker 2001) ermittelte eine jährliche Wanderung aus den 10 Beitrittskandidaten Ost- und Ostmitteleuropas (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen,

Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn) in Richtung EU-15 von 335.000 (Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001). Die Schätzung des Migrationspotenzials basierte dabei auf einer Zeitreihenanalyse der Migration nach Deutschland von 1967 bis 1998. Das Modell berücksichtigt die Unterschiede des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) sowie die Beschäftigungsraten im Herkunftsland und in Deutschland als Indikator für unterschiedliche Beschäftigungschancen. Weitere Merkmale im Modell nahmen auf die Bestandsgröße der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland sowie gesetzliche und kulturelle Faktoren Bezug.

Die Übertragung der „deutschen Ergebnisse“ auf die übrigen 14 derzeitigen EU-Länder erfolgt aufgrund der aktuell beobachtbaren Prozentverteilung der Bürger aus Ostmittel- und Osteuropa in der EU-15. Ende der 1990er Jahre lebten rund zwei Drittel aller Bürger Ostmittel- und Osteuropas, die sich legal im EU-Raum aufhielten, in Deutschland. Wenn man davon ausgeht, dass sich an diesem Anteil auch in Zukunft nicht viel ändern wird, dann ist es einfach, die Größe des „dritten Drittels“ zu schätzen und auf die anderen Staaten der EU aufzuteilen. Das Modell basiert schließlich auf der Annahme, dass die Pro-Kopf-Einkommen zukünftig zwischen Deutschland und den Beitrittsländern mit einem Wert von 2 % p.a. konvergieren und die Arbeitslosenzahlen in Deutschland und den untersuchten Beitrittsländern konstant bleiben werden.

Für die kommenden 15 Jahre ergibt sich bei Brücker (u.a. 2000) bzw. Boeri/Brücker (2001) eine Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung, die in der EU-15 leben und aus der östlichen Hälfte Europas (10 Herkunftsländer) stammen, von 850.000 (1998) auf 3,9 Millionen im Jahr 2030 (Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001). Der Bestand wird sich somit fast verfünffachen. Diese Zunahme zeigt sich Modell bedingt in allen Staaten. Auch für die Schweiz würde diese eine ähnliche Steigerung des Bestands der ostmittel-europäischen Bürger bedeuten.

Die dem Modell zugrunde liegenden und teilweise sehr optimistischen Annahmen sind für die relativ geringe Zunahme verantwortlich. Insbesondere die unterstellte Konvergenz der Einkommen – also die Annahme laufend geringer werdender Unterschiede – bedingt die stetige Abnahme der erwarteten Ost-West-Wanderung aus der östlichen in die westliche Hälfte Europas. So sinkt – laut Prognose – die jährliche Zuwanderung von 335.000 im Jahr 2002 auf 150.000 im Jahr 2010 und schließlich auf 42.000 im Jahr 2020. Die erwartete Konvergenz der Einkommen führt somit langfristig zu einem völligen Verschwinden der europäischen Ost-West-Wanderung.

Die Zuwanderung nach Deutschland würde langfristig – bei Vernachlässigung der Einbürgerung und der Sterbefälle – zu einer Erhöhung des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung aus Ostmitteleuropa von rund 700.000 im Jahr 2000 auf über 2,5 Millionen im Jahr 2030 führen. In Österreich erhöht sich der entsprechende

Wert von 110.000 auf 470.000 im Jahr 2030. In der Schweiz leben derzeit rund 30.000 Bürger aus Staaten Ostmitteleuropas. Geht man von einer ähnlichen Zunahme aus, dann wären es im Jahr 2030 rund 130.000.

Eine im Auftrag des britischen Department for Education and Employment erstellte Studie (Bauer/Zimmermann 1999), gelangt im Vergleich zu der von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie (Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001) zu deutlich höheren Werten.

Das Forschungsdesign dieser Studie war relativ einfach. Bauer und Zimmermann analysierten die jährliche Auswanderung aus Griechenland, Spanien und Portugal und versuchten diese anhand der Arbeitslosigkeit und des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zu erklären. Die abhängige Variable war also eine „Emigrationsrate“, gebildet aus der Zahl der Auswanderer gebrochen durch die Einwohnerzahl des Herkunftslandes. Die erklärenden Merkmale waren einerseits die Unterschiede der Arbeitslosigkeit (Quotient der Arbeitslosenquote in den Herkunfts- und Zielstaaten), andererseits die Unterschiede des BIP pro Kopf (ebenfalls als Quotient dargestellt). Weder Merkmale der geographischen noch der sozialen oder kulturellen Distanz gingen in das Modell ein, was zweifellos notwendig gewesen wäre, um eine einigermaßen realistische Modellierung zu erreichen. Die Schätzergebnisse haben daher tatsächlich nur Modellcharakter.

Die Analyse wurde einmal für den Zeitraum mit Mobilitätsrestriktionen (Griechenland: 1985–1987 bzw. Spanien und Portugal: 1985–1991) durchgeführt und einmal für den Zeitraum ungehinderter Mobilität (Griechenland: 1989–1997 bzw. Spanien und Portugal: 1992–1997). Die gefundenen funktionalen Zusammenhänge zwischen der abhängigen Variable („Emigrationsrate“) und den unabhängigen Merkmalen (Arbeitslosigkeit und Bruttoinlandsprodukt) wurde auf die Staaten des östlichen Europas übertragen.

Die höchsten geschätzten Emigrationsraten weisen Polen, Rumänien und Bulgarien auf. Dies ist eine Folge der großen Unterschiede beim Bruttoinlandsprodukt und der Arbeitslosigkeit. Von den Staaten, die in der ersten EU-Erweiterungsrunde beitreten sollen, weist Slowenien die niedrigste (0,15 % p.a.) und Polen die höchste Emigrationsrate (1,8 % p.a.) auf. Bauer und Zimmermann verweisen auf die großen Unterschiede zwischen den beiden Szenarien.

Tabelle 4: Geschätzte jährliche Emigrationsrate aus dem östlichen Europa im Falle beschränkter und freier Mobilität (in % der Gesamtbevölkerung des Herkunftslandes)

Herkunftsländer	Phase mit beschränkter Mobilität ¹⁾	Phase ohne Mobilitätshemmnisse ²⁾	Durchschnitt der insges. analysierten Periode
Polen	1,29	6,11	1,83
Tschechische Republik	0,74	0,33	0,46
Slowakei	0,36	0,95	0,41
Ungarn	0,94	2,20	1,05
Slowenien	0,22	0,13	0,15
Rumänien	4,06	27,73	6,54
Bulgarien	1,80	15,72	3,16

1) Griechenland: 1985–1987; Spanien und Portugal: 1985–1991.
2) Griechenland: 1989–1997; Spanien und Portugal: 1992–1997

Quelle: Bauer/Zimmermann 1999

WSI Hans Böckler Stiftung

Tabelle 5: Modellergebnisse: jährliche Nettomigration und Bestand an Zugewanderten aus Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn nach Deutschland bei Niederlassungsfreiheit in Abhängigkeit von der relativen Wachstumsdifferenz der Pro-Kopf-Einkommen

	Jahre ab EU-Beitritt						
	0	1	2	3	5	10	15
Relative Wachstumsdifferenz: 2 %							
Jährliche Nettomigration	—	193	240	248	225	133	60
Bestand an Zugewanderten	459	656	902	1.168	1.681	2.660	3.225
Relative Wachstumsdifferenz: 0 %							
Jährliche Nettomigration	—	199	254	273	264	205	153
Bestand an Zugewanderten	459	662	921	1.209	1.790	3.064	4.055

Der Ausgangsbestand (ohne Aussiedler) an Zugewanderten und deren Kindern orientiert sich hier an den Werten der späten 1990er Jahre.

Quelle: Sinn u.a. 2000

WSI Hans Böckler Stiftung

rien. Ohne Wanderungsbarrieren – also bei raschem EU-Beitritt und sofortiger Freizügigkeit – würde sich der Anteil der Wandernden deutlich erhöhen und im Fall Polens anfänglich bis zu 6 % der Bevölkerung erreichen.

6 % der polnischen Bevölkerung würde in absoluten Zahlen eine Emigration von netto rund 2,4 Millionen pro Jahr bedeuten. Bauer und Zimmermann (1999) nehmen daher ihre eigenen Resultate zurück und mahnen zur Vorsicht bei einer vorschnellen Interpretation.¹ Gleichzeitig verweisen sie auf frühere Arbeiten, wo sie von einer Wanderung zwischen 2 und 3 % der Bevölkerung in den Herkunftsstaaten ausgehen. In der publizierten Analyse bleibt es jedoch unklar, ob die Autoren damit den Bestand an Ostmitteleuropäern in Westeuropa oder den jährlichen Zustrom meinen.²

Eine weitere Studie wurde im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom IFO-Institut (München) unter Mitarbeit des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht erstellt (Sinn u.a. 2000). Ausgangspunkt ist abermals die Hypothese, dass die Größe der ausländi-

schen Bevölkerung einer bestimmten Nationalität in Deutschland eine Funktion (1) der Einkommensunterschiede zwischen Deutschland und den jeweiligen Herkunftsländern, (2) eines „Output Gaps“ in Deutschland³ und (3) ein Resultat insti-

1 "Due to several reasons, one should interpret the simulation results with care." Bauer/Zimmermann 1999, S. 46.

2 "Overall, the results from this section support our earlier conclusions, namely that it is reasonable to expect long-run emigration rates from the East to the West of between 2–3 % of the population in the sending region." Bauer/Zimmermann 1999, S. 46.

3 Ein Output Gap stellt die Differenz zwischen dem beobachteten BIP und einem potenziell erreichbaren BIP bei maximaler Auslastung der Produktionsfaktoren dar. Ein kleiner Output Gap signalisiert daher eine gute Konjunkturlage, weil der Unterschied zwischen dem beobachteten und dem potenziell möglichen BIP klein ist. Ein großer Output Gap würde dagegen bei einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung entstehen, weil die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gering ist und das reale BIP weit von einem potenziell möglichen entfernt ist. Wenn der Output Gap klein ist, dann werden möglicherweise zusätzliche Arbeitskräfte – auch aus dem Ausland – benötigt, wenn der Gap groß ist, jedoch nicht.

Tabelle 6: Mikroanalytische Studien über das Migrationspotenzial

Studienautor	Methode	Bemerkung
Bastyr u.a. 2001	Befragung in der Tschechischen Republik; Samplegröße: 4.770	Erfassung der Wanderungsbereitschaft und Differenzierung hinsichtlich der beabsichtigten Dauer und der Konkretheit der Absicht. Als potenzielle Migranten wurden 15 % der Befragten klassifiziert, als wahrscheinliche Migranten 1,2 % und als „reelle Migranten“ 0,5 % der Befragten. Letztere stehen unmittelbar vor der Migration, während die „wahrscheinlichen Migranten“ diese definitive Entscheidung noch nicht getroffen haben.
IOM 1999	Befragung in 11 ostmittel- und osteuropäischen Staaten; Samplegröße: ca. 1.000 je Land	Die Befragung zielte auf eine allgemeine Wanderungsbereitschaft ab. Je nach Land äußerten 13–68 % der Befragten Interesse an einem kurzfristigen Arbeitsaufenthalt im Ausland, 18–57 % Interesse an einem längerfristigen Aufenthalt und 7–26 % die Bereitschaft zu einer permanenten Emigration.
Fassmann/Hintermann 1997	Befragung in Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei (Quotaverfahren); Samplegröße: 4.392	Die Befragung differenzierte zwischen allgemeiner Wanderungsabsicht, möglicher und konkret geplanter Migration. Letzteres betrifft 1,4 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Tabelle 7).
Berencsi/Sík 1995	Haushaltspanel in Ungarn; Samplegröße: 3.700	Die Befragung differenzierte zwischen einem angestrebten Auslandsaufenthalt für immer (1,3 %), für einige Jahre (2,7 %) und für einige Wochen (3,8 %).
Aasland 1996	Befragung in Lettland	Längerfristige oder permanente Emigration streben 3 % der Wohnbevölkerung an. Das Ergebnis ist durch Auswanderungswünsche der ethnisch russischen Bevölkerung in Richtung Russland beeinflusst.

Quelle: Fassmann/Münz 2000, S. 42; ergänzt

WSI Hans Böckler Stiftung

tutioneller Regelungen ist, zu denen vorrangig die EU-Mitgliedschaft und die Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit bzw. deren Einschränkung gehören. Als weiterer Einflussfaktor wird der Bestand der Migranten in der Vorperiode berücksichtigt, weil sich daraus ein Nachzug über Netzwerkeffekte erklärt.

Die prognostizierte Größe ist in diesem Fall keine „Emigrationsrate“, sondern der Bestand der in Deutschland lebenden Ausländer einer bestimmten Nationalität, gemessen als Prozentsatz der Bevölkerung des jeweiligen Herkunftslandes. Erklärt wird, wovon diese „Bestandsrate“ abhängig ist, wobei die Ursache im Wesentlichen in der Zuwanderung gesehen wird, die ihrerseits wieder eine Funktion der aufgezählten Faktoren und rechtlichen Rahmenbedingungen ist. Dass die „Bestandsrate“ auch von Einbürgerungen, Geburten und Sterbefällen im Zielland sowie von der Entwicklung der Bevölkerung in den Herkunftsgebieten abhängig ist, wird als Problem erkannt. Das Modell beruht auf empirischen Daten des Zeitraumes 1974–1997 für die Herkunftsländer Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Türkei. Die prognostizierte Ost-West-Wanderung ergibt sich auch in diesem Fall durch die beobachteten und fortgeschriebenen Einkommensdaten für ausgewählte Staaten der östlichen Hälfte Europas.

Die Ergebnisse zeigen, dass in den ersten fünf Jahren nach EU-Beitritt und bei sofortiger Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit pro Jahr in Deutschland mit 200.000–250.000 Zuwanderern aus Polen, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn zu rechnen ist. Wenn man davon ausgeht, dass dies zwei Drittel der gesamten Nettomigration nach Westeuropa (EU-15) darstellt, dann beträgt die gesamte Zuwanderung zwischen 300.000 und 380.000 p.a..

Die Effekte unterschiedlichen Einkommenswachstums sind vor allem in der langfristigen Entwicklung der Bestandszahlen deutlich zu sehen: Wenn die Realeinkommen in den Beitrittsländern mit der gleichen Rate wie in Deutschland wachsen, dann ist nach 15 Jahren ein Bestand von fast 4,1 Millionen zu erwarten. Wenn die Einkommen um 2 % schneller wachsen als in Deutschland, dann würden 15 Jahre später rund 3,2 Millionen Bürger aus den Staaten des östlichen Europas in Deutschland leben. Diese Schätzung liegt deutlich über jener von Brücker, der im Jahr 2020 für Deutschland lediglich mit einem Bestand von 2,4 Millionen Zuwanderern aus der östlichen Hälfte Europas rechnet (Brücker u.a. 2000; Boeri/Brücker 2001).

Das IFO sieht nicht nur die Lohndifferenz als wichtige Wanderungsursache an, sondern auch die attraktiveren sozialen Sicherungssysteme in Westeuropa. Die Ex-

perten des IFO schlugen daher vor, die Wanderung nicht durch eine Einschränkung der Freizügigkeit zu begrenzen, sondern die Ansprüche der Zuwanderer an die sozialen Sicherungssysteme auf das Niveau der jeweiligen Herkunftsländer zu reduzieren. Die Auftraggeber der Studie distanzieren sich später ausdrücklich von diesen Empfehlungen.

2.2 BEFRAGUNGSERGEBNISSE

Zu ähnlichen Größenordnungen wie die makroökonomischen Modellrechnungen kommen mikroanalytische Erhebungen zum Migrationspotenzial. Dieses wird nicht durch Modellrechnungen auf hoher Aggregatebene geschätzt, sondern auf Basis empirischer Erhebungen auf Haushalts- oder Individualebene, also durch Befragung von Einzelpersonen hochgerechnet.

Ermittelt wird auch nicht eine erwartbare Größe des jährlichen Migrationsstroms, sondern ein Bestand an prinzipiell abwanderungsbereiten Menschen, die ihren Wanderungswunsch über mehrere Jahre verteilt realisieren könnten. Je nach konkreter Erhebungsmethode ergeben sich Unterschiede. In der Tendenz weisen jedoch alle einschlägigen Arbeiten in die gleiche Richtung. An die Übernahme einer Erwerbstätigkeit im Ausland denken – je nach Fragestellung und befragter Bevölkerung – zwischen 1 % und 3 % der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung Ostmitteleuropas, wobei es sich bei diesen 1–3 % um eine Bestandsgröße und nicht um die jährliche Größe der Netto-Migration handelt. Höher liegt dieser Wert nur in einer 1999 publizierten Arbeit der International Organization for Migration (IOM), wobei dort die Frage nach der Abwanderungsbereitschaft sehr allgemein gehalten war (IOM 1999).

Eine wesentliche Ursache für Unterschiede im ermittelten Migrationspotenzial liegt in der Art der Fragestellung. Werden die Bürgerinnen und Bürger Ostmitteleuropas ganz allgemein gefragt, ob sie schon einmal an einen Aufenthalt in Westeuropa gedacht hätten, dann zeigt sich ein deutlich größeres hypothetisches Migrationspotenzial, als wenn nach sehr konkreten Absichten der nach bereits erfolgten Vorbereitungen gefragt wird (Bastyr u.a. 2001; IOM 1999; Fassmann/Hintermann 1997).

Zwischen 6 % und 18 % der erwerbsfähigen Bevölkerung der jeweiligen Länder hatten Mitte der 1990er Jahre an Auswan-

derung gedacht: am häufigsten in der Slowakei (18 %), am seltensten in Polen (6 %). Hochgerechnet ergäbe dies ein Potenzial von über 4 Millionen im Prinzip wandlungswilligen Erwachsenen in den vier östlichen Nachbarstaaten Deutschlands und Österreichs. Fragt man nach konkreten Handlungsabsichten und Vorbereitungen, dann bewegt sich der Anteil der Entschlossenen nur zwischen 0,7 % und 2,1 % der über 14-jährigen Bevölkerung.

Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung der vier analysierten Herkunftstaaten ergibt sich ein unmittelbar migrationsrelevantes Potenzial von 711.000 Personen, wobei es sich dabei um eine Bestandsgröße und nicht um die jährlich zu erwartende Netto-Migration handelt. Dies zu berücksichtigen ist wichtig, um diese Ergebnisse mit jenen der makroanalytischen Modelle vergleichen zu können.

Der Vorteil des mikroanalytischen Ansatzes liegt darin, dass sich nicht nur eine Zahl von wanderungsbereiten Personen schätzen lässt, sondern auch Informationen über deren Struktur zur Verfügung stehen. Wer also denkt an eine mögliche Auswanderung in den Westen? Die Antworten sind nicht überraschend und decken sich mit den Erfahrungen aus früheren Phasen der Arbeitsmigration nach Westeuropa.

Mehr als ein Drittel aller Befragten (rund 37 %) würden sich für Deutschland als Migrationsziel entscheiden und rund ein Viertel (24,4 %) für Österreich. Die höchste Bereitschaft zur Auswanderung nach Deutschland besteht in Tschechien. Das Interesse an Österreich ist in Ungarn besonders ausgeprägt. Alle anderen westeuropäischen Länder, aber auch benachbarte ostmitteleuropäische Staaten, spielen als potenzielle Migrationsziele nur eine sehr untergeordnete Rolle. Die Schweiz (9,1 %) und Großbritannien (6,4 %) weisen noch einen relativ hohen Zuspruch auf. Die übrigen Staaten liegen jedoch deutlich unter 5 % (Tabelle 8).

Bei den meisten potenziellen Migranten überwiegt der Wunsch nach kurz- und mittelfristiger Arbeitsmigration, nicht nach permanenter Auswanderung. Zwei Drittel der Befragten sagten, sie wollten nicht für immer das Heimatland verlassen. Davon meinte eine Mehrheit der potenziell abwanderungsbereiten Befragten – rund 65 % –, sie wollten nicht mehr als fünf Jahre im Ausland verbringen. Rund 19 % strebten bloß einen einjährigen Auslandsaufenthalt an. 26 % würden ein bis zwei

Tabelle 7: Potenzielle Migranten aus Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn

Migrationspotenzial	Herkunftsland				
	Tschechien	Slowakei	Polen	Ungarn	insgesamt
mögliche Migranten mit allgemeiner Wanderungsabsicht in % aller über 14-jährigen hochgerechnet absolut	11,6 970.000	17,7 730.000	5,5 1.635.000	8,7 731.000	7,6 4.066.000
konkrete Absicht und erste Realisierungsmaßnahmen in % aller über 14-jährigen hochgerechnet absolut	2,1 172.000	2,1 85.000	1,3 394.000	0,7 60.000	1,4 711.000

Quelle: Fassmann/Hintermann 1997 und eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

Tabelle 8: Zielländer potenzieller Migranten aus Ostmitteleuropa (in %)

Zielländer	Gesamt	Tschechien	Slowakei	Polen	Ungarn
Deutschland	37,0	42,6	36,3	37,4	31,4
Österreich	24,4	22,6	25,9	17,8	30,5
Schweiz	9,1	8,3	13,0	7,7	5,7
Großbritannien	6,4	9,2	7,1	4,5	3,8
Frankreich	4,1	2,9	4,1	5,4	4,3
Italien	3,9	5,8	2,6	5,1	2,3
Skandinavien	3,3	2,7	2,5	3,1	4,9
Niederlande	2,8	3,4	2,3	3,5	2,2
osteuropäisches Land	2,8	2,5	6,3	0,5	–
Sonstige	6,4	–	–	15,0	14,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Fassmann/Hintermann 1997 und eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

Tabelle 9: Merkmale potenzieller Migranten (allgemeine Absicht) aus Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn (in %)

Mögliche Migranten	Herkunftsland				
	Tschechien	Slowakei	Polen	Ungarn	insgesamt
Geschlechterproportion in %					
Männlich	66,1	60,1	63,6	59,9	62,4
Weiblich	33,9	39,9	36,4	40,1	37,6
Altersstruktur in %					
Bis 24	43,4	39,2	38,2	41,3	40,5
25 bis 29	14,3	11,0	12,9	13,0	12,6
30 bis 39	17,0	27,4	26,7	18,9	22,8
40 bis 49	17,9	15,3	15,3	15,9	16,2
50+	7,4	7,1	6,9	10,9	7,9
Schulbildung in %					
Pflichtschule	15,7	14,3	20,1	3,6	13,7
Berufsschule	29,2	29,7	29,4	39,2	31,4
mittlere und höhere Schule	45,7	42,7	42,7	38,5	42,7
Universität	9,4	13,3	7,8	18,7	12,2

Quelle: Fassmann/Hintermann; eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

Jahre in Westeuropa bleiben wollen. Für viele würde ein Pendeln auf Tages- oder Wochenbasis die ideale Form der Mobilität darstellen. Denn Arbeiten im Westen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Lebensmittelpunktes in der östlichen Hälfte Europas sichert ein hohes westliches Lohnniveau und gestattet es gleichzeitig, von den nach wie vor niedrigeren Lebenshaltungskosten zu profitieren. Für eine Reihe von regionalen Arbeitsmärkten ist dies eine

durchaus realistische Entwicklungsperspektive. In der Mehrzahl der Fälle wären die Pendeldistanzen und der Aufwand für tägliches oder wöchentliches Pendeln jedoch zu hoch.

Männer äußerten häufiger den Wunsch nach Abwanderung als Frauen. Von den potenziellen Migranten waren zwei Drittel Männer. Drei Viertel waren jünger als 40 Jahre alt. Zwei Drittel wollten alleine – also ohne Familienangehörige – emigrieren.

Tabelle 10: Prognostizierter Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter (15–65 Jahre) in den Ländern Ostmitteleuropas bis 2025

Land	Bevölkerung 2025	Rückgang der Bevölkerung (2000 = 100 %)	Rückgang der 15- bis 65-Jährigen (2000 = 100 %)
Slowakei	5.317.000	98,5	96,4
Polen	37.254.000	96,5	91,4
Rumänien	20.585.000	91,7	91,3
Litauen	3.418.000	92,5	92,0
Tschechische Republik	9.727.000	94,7	87,9
Ungarn	8.783.000	88,1	84,4
Lettland	2.090.000	86,3	84,3
Slowenien	1.847.000	92,9	85,0
Bulgarien	6.125.000	77,0	75,9
Estland	5.317.000	76,2	74,2

Quelle: UN Population Division 2002

WSI Hans Böckler Stiftung

Dies hängt mit der spezifischen Form der angestrebten Pendelwanderung zusammen, aber auch mit einem historisch beobachtbaren Muster: Die erste Phase einer Arbeitskräftewanderung wird in der Regel mehrheitlich von jüngeren Männern getragen, die später ihre Familienangehörigen nachholen.

Charakteristisch für potenzielle, aber auch für tatsächlich nach Westeuropa kommende Migranten aus Ostmitteleuropa ist ihr relativ hohes Bildungsniveau. Jene, die einer Wanderung prinzipiell positiv gegenüberstehen, haben überproportional häufig das Abitur gemacht oder sogar ein Universitätsstudium beendet. Nur ein Achtel, deutlich weniger als der Durchschnitt der Bevölkerung in den Herkunftsländern, verfügt lediglich über einen Pflichtschulabschluss. Das bedeutet allerdings nicht, dass im Falle einer EU-Erweiterung in Zukunft nur mit einer Wanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen wäre. Es ist auch eine andere Abfolge denkbar: Nach einer Pionierphase, die überproportional gut ausgebildete, aufstiegswillige und motivierte Menschen betrifft, könnte eine Etablierungsphase folgen, die vermehrt geringer qualifizierte Personen einschließt. Die Erhebungen zeigen allerdings auch, dass nicht bloß die tatsächlichen, sondern auch die potenziellen Migranten jünger, besser qualifiziert und höher motiviert sind als der Durchschnitt der Befragten in den untersuchten Herkunftsländern.

Die positive Selektion potenzieller Migranten zeigt sich nach Schulausbildung, beruflicher Stellung und Alter. Es sind sowohl junge Arbeitslose, die überproportional häufig den Wunsch nach Abwanderung artikulieren, als auch Schüler und Studenten, schließlich Beschäftigte in

Büro- und Verwaltungsberufen, im Produktionsbereich, im Baubereich, im Gesundheitswesen sowie in der Wissenschaft. Ganz selten äußern Landwirte und Industriearbeiter den Wunsch nach Auswanderung in den Westen.

Was sich mittels Befragung noch klären lässt, ist die Frage, wie potenzielle Migranten ein im Ausland erzieltetes Einkommen gegebenenfalls verwenden würden. Unter Politikern und Experten ist die optimistische Vorstellung weit verbreitet, dass ein Rücktransfer dieser Einkommen zur Schaffung einer wirtschaftlichen Existenzgrundlage, also zum Aufbau eines eigenen Betriebes oder eines Geschäftes genützt werde. Dies würde zweifellos zur Modernisierung der Wirtschaft der jeweiligen Herkunftsländer beitragen. Die Ergebnisse der empirischen Erhebung unter potenziellen Migranten widersprechen jedoch dieser Annahme: Mögliches Einkommen würde in erster Linie zur Finanzierung des täglichen Lebens, zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter und für die Ausbildung der Kinder verwendet. Die Gründung eines eigenen Betriebes wird nur von wenigen Personen ins Auge gefasst. Große Erwartungen in ökonomisch stimulierende Effekte der geplanten Auslandstätigkeit sind daher fehl am Platz. Allerdings können solche Zusatzeinkommen durch Überweisungen von ausgewanderten Angehörigen dazu führen, dass sich die Lebensverhältnisse in peripheren Regionen der Herkunftsländer verbessern und diese Regionen in der Folge weniger von Abwanderung betroffen sind.

Bei all den hier referierten und analysierten empirischen Befragungen besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den allgemein formulierten Auswanderungswünschen und der tatsächlich möglichen Emigration. Es wäre falsch, von einer gene-

rellen Abwanderungsbereitschaft auf eine unmittelbar bevorstehende Abwanderung zu schließen. Viele Bewohner Ostmitteleuropas mögen zwar eine Auswanderung erwägen. Die meisten sind aber letztlich nicht bereit, die praktischen Nachteile auf sich zu nehmen: die Trennung von Familie und nahen Angehörigen, den Verlust anderer sozialer Beziehungen, die mögliche Diskriminierung oder Isolation im Zielland. Die Ambivalenz potenzieller Migranten gegenüber Migrationsoptionen und den Hindernissen, die einer Übersiedlung ins Ausland entgegenstehen, ist bei einer realistischen Abschätzung des Migrationspotenzials immer zu berücksichtigen. Deshalb ist anzunehmen, dass die tatsächliche Ost-West-Wanderung aus den neuen in die alten EU-Staaten in den kommenden Jahrzehnten nicht höher, sondern tendenziell niedriger sein wird, als in den hier analysierten Schätzungen und Prognosen vermutet.

3 Fazit

Um einer möglichen Zunahme der Ost-West-Wanderungen vorzubeugen, verlangte die EU-Kommission von den Beitrittsländern auf Druck einiger Mitgliedsstaaten eine fünfjährige Übergangsfrist, bevor Bürger der neuen EU-Staaten in Westeuropa freien Zutritt zum Arbeitsmarkt erhalten. Einzelne EU-Länder können diese Übergangsfrist auf bis zu sieben Jahren ausdehnen. Diese Verlängerungsmöglichkeit kam insbesondere auf Wunsch Deutschlands und Österreichs zustande. Das bedeutet, dass sich Bürger neuer EU-Staaten zu Erwerbszwecken erst ab 2011–12 frei in Deutschland oder Österreich niederlassen können. Bis dahin wird sich das Gefälle bei Löhnen und Lebenshaltungskosten weiter verringert haben, was die Abwanderung zusätzlich bremsen dürfte.

Gegen eine massive Abwanderung sprechen auch die rasch alternden und schrumpfenden Bevölkerungen der Beitrittsländer. In etlichen von ihnen – namentlich in den baltischen Staaten, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Bulgarien wird die einheimische Bevölkerung im Haupterwerbsalter (15–65 Jahre) in den kommenden Dekaden relativ stärker schrumpfen (Tabelle 10) als in vielen Regionen Westeuropas. Dies bedeutet voraus-

sichtlich bessere Chancen für jüngere Ostmitteleuropäerinnen und Ostmitteleuropäer auf ihren heimischen Arbeitsmärkten. Zugleich werden durch diese demographische Entwicklung aller Voraussicht nach die Länder Ostmitteleuropas

mittelfristig zum Ziel von Zuwanderern. Das aber bedeutet auch: Die bisherigen 15 EU-Länder – allen voran Deutschland und die Länder Südeuropas – werden ihren zukünftigen Bedarf an Zuwanderern im Wesentlichen nicht im Rahmen der

zukünftigen Freizügigkeit innerhalb einer erweiterten EU decken können. Auf jene Zuwanderung aus Ostmitteleuropa, vor der sich heute etliche fürchten, werden wir mittelfristig nicht einmal hoffen können.

LITERATUR

Aasland, A. (1996): Latvia: The Impact of the Transformation, The NORBALT Living Conditions Project, Stockholm

Bauer, T./Zimmermann, K. F. (1999): Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe. A Study for the Department for Education and Employment (United Kingdom), Bonn

Basty, I. u. a. (2001): Folgen des Beitrittes der Tschechischen Republik in die EU auf die Beziehungen mit Österreich mit der Orientierung auf den Beschäftigungsgrad, Arbeitsmarkt und Migration, unveröffentl. Abschlussbericht, Prag

Berencsi, Z./Sík, E. (1995): Intentions to Emigrate and to Work abroad in Hungary in 1993–94; in: Fullerton, M. u.a. (Hrsg.), Refugees and Migrants: Hungary at a Crossroads, Budapest, S. 129–142

Boeri, T./Brücker, H. u.a. (2001): The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States, European Commission, DG Employment and Social Affairs, Brüssel (<http://www.diw.de/english/abteilungen/wlt/publikationen>)

Brücker, H. u.a. (2000): Studie über die Auswirkung der EU-Erweiterung auf die Beschäftigung und die Arbeitsmärkte in den Mitgliedstaaten – Final Report, Part 1: Analysis, unveröffentl. Bericht, Brüssel

Brücker, H./Franzmeyer, F. (1997): Europäische Union: Osterweiterung und Arbeitskräftemigration, Berlin

Dietz, R./Walterskirchen, E. (1998): Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO), Wien

Fassmann, H./Hintermann C. (1997): Migrationspotenzial Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potenzieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn (Institut für Stadt- und Regionalforschung, ISR-Forschungsbericht 15), Wien

Fassmann, H./Münz, R. (2000): Ost-West-Wanderung in Europa, Wien/Köln/Weimar

International Organization for Migration (IOM) (1999): Migration Potential in Central and Eastern Europe, Genf

Layard, R. u.a. (1994): East-West Migration. The Alternatives, MIT, Boston

McDonald, P./Kippen, R. (2001): Labour Supply Prospects in 16 Developed Countries, 2000–2050; in: Population and Development Revue 3, S. 1–32

Sinn, H.-W. u.a. (2000): EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. (In Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht), Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Berlin

Straubhaar, T. (2002): Ost-West-Migrationspotenzial: Wie groß ist es? Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 222, S. 225–241

UN-Population Division (2002): World Population Prospects – Population Database, <http://esa.un.org/unpp/>